

SPD Ortsverein Büchenbach

Schwabacher Str. 7b

91186 Büchenbach

Telefon: 09171-8309224 oder 09122 81811

Mobil: 0160 90600574 oder 0177 7046913

Fax: 09122 932425

Büchenbach, 05.04.2015

Bezirkskonferenz der SPD Mittelfranken

Karl-Bröger-Straße 9

90459 Nürnberg

**Antrag zur Bezirkskonferenz am 11.05.2014
wegen CETA, TTIP und TiSA**

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Ortsverein Büchenbach der SPD bittet euch:

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

NEIN zu CETA, TTIP und TiSA

Wir begrüßen sehr, dass die Mitglieder der S&D-Fraktion im EU-Parlament beschlossen haben, dass sie dafür sorgen wollen, dass die geplanten privaten Schiedsstellen weder im Handelsabkommen mit den USA (TTIP) Eingang finden, noch im Abkommenstext mit Kanada (CETA) erhalten bleiben.

Wir teilen die Auffassung der Ex-Ministerinnen Renate Schmidt und Herta Däubler-Gmelin, dass nicht nur die rote Linie der Schiedsgerichte, sondern zahlreiche rote Linien überschritten sind, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat durch die Abkommen gefährdet sind, und daher nicht nur die Schiedsgerichte, sondern die Abkommen in ihrer jetzigen Form abzulehnen sind.

Wir stimmen der Einschätzung der „Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD“ zu, dass die Weichenstellungen in TTIP mit sozialdemokratischen Grundwerten und Grundüberzeugungen nicht vereinbar sind.

Wir bestärken den Landesparteitag der SPD in Ansbach mit ihrem Beschluss: „Die Verträge dürfen nur einen Positivlistenansatz, keine regulatorischen Kooperationsräte, keine Schiedsgerichte, keine Sperrklinken-Klauseln und keine Stillstandsklausel enthalten.“ Diese zwei Klauseln würden nämlich zwangsläufig und unumkehrbar zu einer Absenkung der Standards führen!

Wir fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament, im Bundestag und unsere sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesregierung und den Landesregierungen auf, Nein zu sagen, da die roten Linien nach wie vor überschritten sind!

Wir beantragen zum Bezirksparteitag am 11.05.2015, zum Bundparteikonvent am 20.06.2015 und zum Landesparteitag am 27./28.06.2015, dass der Bezirk Mittelfranken, die Bayern-SPD und die Bundes-SPD sich ebenfalls für ein eindeutiges Nein ausspricht.

Ortsverein Büchenbach

Thomas Schulz Wolfgang Schmid
1. Vorsitzender Pressesprecher

Begründung siehe Rückseite:

Begründung:

Es macht keinen Sinn, Abkommen zu beschließen, deren Kernpunkte aus sozialdemokratischer Sicht zu massiven Nachteilen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen führen und demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien grundlegend verletzen.

Beim Parteitag in Ansbach wurde u. a. beschlossen:

„Durch diese neuen Abkommen wird eine radikale Liberalisierung und Deregulierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft angestrebt, welche die befürchteten Risiken der digitalen Welt noch schneller Realität werden lässt. Zum Beispiel sind eine noch weitergehende Aufweichung des Datenschutzes und eine Ungleichbehandlung bei den Internetgeschwindigkeiten zu befürchten. Der **Negativlistenansatz** in den Abkommen würde nur wenige Bereiche schützen und viele Rechtsbereiche ungeschützt lassen. In **regulatorischen Kooperationsräten** (Regulatory Cooperation Council RCC) würden die multinationalen Konzerne einen Einfluss gewinnen, der die Entscheidungsfreiheit der demokratisch gewählten Organe wesentlich beschränken würde. Private nicht demokratisch bestimmte **Schiedsgerichte** würden statt staatlicher Gerichte entscheiden. Die vorgesehene **Sperrklinken-Klausel** (ratchet) würde dazu führen, dass Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die **Stillstandsklausel** (standstill) würde festlegen, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf.“

Besondere Sorge bereitet uns, welcher Schwindel mit den Standards getrieben wird. Es ist richtig, dass unsere gesetzlichen Regelungen der Standards formalrechtlich erhalten bleiben. Wenn aber gleichzeitig die kanadischen Standards als bei uns gültig anerkannt werden, bedeutet das, dass unsere Standards ausgehebelt und damit faktisch abgesenkt werden.

Besonders gilt das für die ILO-Arbeitsnormen. In früheren Freihandelsverträgen stand eine ‚Arbeitsschutzklausel‘ drin, dass also unsere Arbeitsgesetze und –normen weiter gelten. Dies ist nun in TTIP und wahrscheinlich auch in CETA nicht mehr der Fall. Über den Investitionsschutz kann daher das Herkunftslandprinzip bei uns eingeführt werden: amerikanische Firmen können ihre amerikanischen und europäischen Arbeitnehmer in Europa zu amerikanischen Bedingungen beschäftigen, also ohne die ILO-Arbeitsnormen zu berücksichtigen! Auch das Mindestlohngesetz würde dadurch ausgehebelt! Es kann doch nicht sein, dass Sozialdemokraten so etwas beschließen!

Es gilt mit unserem Parteitagsbeschluss dazu beizutragen, die vielen negativen Auswirkungen zu verhindern, die uns bei einer Zustimmung zu den Abkommen treffen würden.

Wenn wir ein klares Nein zu den Abkommen in ihrer jetzigen Form sagen, teilen wir die Auffassung des Großteils der Bevölkerung. Damit wird deutlich, dass wir deren Interessen und nicht die der multinationalen Konzerne vertreten.

Ortsvereine, die dieses klare Nein bei der letzten Europawahl vertraten, konnten erheblich mehr Stimmenzuwachs gewinnen als in jenen Regionen, die zurückhaltender agierten.